

Sitzung des Stadtrates Magdeburg am 15. März 2007

TOP 5 Aktuelle Debatte zum Thema:

„Rechtsextremismus in Magdeburg - Konsequenzen für die Stadt und ihre Bürger“

Redemanuskript Holger Franke, Vorsitzender Ratsfraktion der FDP

Anrede

Wir diskutieren heute ein Thema, das leider immer vakant war, aber in letzter Zeit an Brisanz gewinnt. Im Stadtrat wurde in den letzten Jahren mehrfach darüber debattiert. Und es steht zu befürchten, dass dies nicht die letzte Diskussion zu diesem Thema sein wird. Zumal das Thema Rechtsextremismus mit dem Thema Demokratiekritik oder Demokratieunzufriedenheit einhergeht. In Umfragen zeigt sich, dass sich weniger als 25% der Menschen in Ostdeutschland mit der Demokratie, wie wir sie kennen, identifizieren. Dies hat dazu geführt, dass nur noch 44 Prozent der Wahlberechtigten bei den Landtagswahlen 2006 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Das politische Interesse und die Bereitschaft, ein politisches Amt zu übernehmen, sinken in Sachsen-Anhalt dramatisch.

Die Rechtsextremisten verfolgen neue Wege der politischen Propaganda und der Verunglimpfung Andersdenkender. Alle 14 Erstunterzeichner eines offenen Briefes, in dem vor dem Einzug der rechtsextremen NPD in Sachsen-Anhalts Kreistage gewarnt wird, sind von zwei Funktionären der Partei wegen Verleumdung angezeigt worden. Mit den Mitteln des Rechtsstaates wollen die Rechten am liebsten den Rechtsstaat abschaffen. Dem müssen wir uns alle widersetzen.

Die rechten Demokratiefeinde wollen den öffentlichen Raum besetzen. Sie wollen Aufmerksamkeit auf sich lenken und nach Möglichkeit die öffentliche Meinung zur Duldung ihrer Ideologie bewegen. Schaut man sich die men-

schenverachtende Sprache an, mit der der Hallenser NPD-OB-Kandidat Karl und seine Gesinnungsgenossen Wahlkampf gemacht haben oder im Internet für die NPD oder die Jungen Nationaldemokraten werben, wird mir übel. Die Demokraten werden provoziert und diffamiert.

Anrede

Aber die politische Propaganda ist nur die eine Seite der Medaille.

Die Neonazis mobilisieren nicht flächendeckend, aber sie sind gezielt vor Schulen, bei bestimmten Gedenktagen oder anderen Anlässen aktiv, neuerdings auch im Rahmen von Sportveranstaltungen, wie bei der Eröffnung unseres neuen Stadions. Wir haben es mit einem neuen, manchmal nur neu-gestylten, aber in jedem Fall öffentlichkeitswirksamen Extremismus zu tun, der sich vor den Privathäusern von Politikern, in Jugendclubs und im Rahmen von Bürgerfesten zeigt. Gleichzeitig werden - nicht in Magdeburg, aber in manchen ländlichen Regionen - Jugendlichen Angebote gemacht, die manchmal erst auf den zweiten Blick etwas mit Politik zu tun haben. Sie zielen auf die Langeweile, den Alltagsfrust oder die fehlende Lebensperspektive als Aufhänger, um dann eine schleichende Politisierung zu erreichen.

Es gibt nicht die eine gültige Antwort auf die Provokationen der Neonazis. Hier ist nachhaltige Arbeit gefragt, im Sinne eines lokalen Aktionsprogramms der Landeshauptstadt gegen Rechtsextremismus. Das Netzwerk für Demokratie und Toleranz, an dem zahlreiche Institutionen beteiligt sind, ist hier ein wichtiger Partner. Die Bundesregierung fördert seit 2001 im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie -

gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ verschiedene Einzelprogramme. Die Landeshauptstadt hat sich im Rahmen des Programms geworben und dabei auf bewährte Träger gesetzt. Ein Antrag von Bündnis 90/Grünen dazu wird in den Ausschüssen beraten. Ich danke allen, die sich bei der Bewerbung engagiert haben, insbesondere der Arbeitsgruppe des Jugendamtes, die noch unter Herrn Förster einberufen wurde. Selbst für den Fall, dass unsere Stadt nicht in das Bundesprogramm aufgenommen wird, müssen wir ein lokales Aktionsprogramm gegen Rechts auf den Weg zu bringen.

Anrede

Wir können dabei in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und beispielsweise besonders im Sport auf eine starke Bereitschaft zum Kampf gegen Rechtsextremismus setzen. Die jüngste Positionierung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) „Integration durch Sport“ und die vielseitigen Kompetenzen des Sports sollten im Kampf gegen Rechtsextremismus noch besser genutzt werden. Dafür sind Kampagnen wie „Rote Karte gegen Rechts“ eine Notwendigkeit.

Dazu gehört, dass wir alles tun, damit auf Sportanlagen, die für den fairen sportlichen Wettbewerb errichtet wurden, rechts- und linksextremistisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut nicht Platz greift. Wir sollten dies auch ausdrücklich in die Haus- und Nutzungsordnungen für öffentliche Sportanlagen hineinschreiben und mit dem sofortigen Verweis von der Sportstätte und ggf. mit Hausverbot ahnden.

SSB Platzwarte schulen, um solche Gebote auch praktisch durchzusetzen.

Landtagspräsident Dieter Steinecke sprach kürzlich davon, gegenüber der Intoleranz dürfe es keine Toleranz geben. Das gilt ganz besonders auch für die Schule. Ich unterstütze den Vorschlag von Herrn Lischka, in Magdeburg für „Schulen ohne Rassismus“ zu werben. Beispielsweise können in Schulverträge und Hausordnungen entsprechende Formulierungen aufgenommen werden.

Die Rechten wollen den öffentlichen Raum besetzen. Wir Demokraten müssen sie daran hindern. Gerade auch, wenn es darum geht, mit öffentlichem Gedenken Zeichen zu setzen für ein tolerantes und weltoffenes Gemeinwesen, dass sich seiner Vergangenheit bewusst ist. Über Gedenkkultur in Magdeburg gäbe es einiges zu sagen. Wir sollten gemeinsam über neue Wege nachdenken, wie man öffentlich Zeichen setzen kann. Hier nur ein Beispiel aus einem anderen thematischen Zusammenhang: Zum 50. Jahrestag des Arbeiteraufstands am 17. Juni 1953 haben Schülerinnen und Schüler des Norbertusgymnasiums eine szenische Lesung vor dem Innenministerium veranstaltet, die selbst für Zeitgenossen und Angehörige der damaligen Opfer sehr bewegend war und an der Schule selbst durch eine Ausstellung und eine Doppelstunde mit Zeitzeugen begleitet wurde.

Anrede

Letztlich geht es nicht ohne zivilgesellschaftliches Engagement. Denn niemand anders als die Bürger selbst können im Alltag dafür Sorge tragen, dass unsere Freiheit dann Grenzen kennt, wenn Mitmenschen nicht tolerant und weltoffen begegnet wird, wenn Furcht und Verunsicherung entsteht. Die Rechten müssen sehen, wo die absolut überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung steht. Ich bin sicher, dass die Rechtsextremen immer eine

Minderheit bleiben, wenn wir uns bewusst sind, dass der demokratische und soziale Rechtsstaat keine Selbstverständlichkeit ist.

Ich bin mir aber auch sicher, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Deutschland der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts muss im historischen Kontext gesehen werden.

Heute ist die absolut überwiegende Mehrheit der Deutschen von dieser menschenverachtenden Ideologie Lichtjahre entfernt.

Der 16.1. als Erinnerungstag und andere Gedenktage sind wie ein Brief unserer Großeltern an uns, der mit dem Satz schließt:

Wenn Du Dich nicht erinnerst, verlasse ich Dich! Deine Demokratie!

Es gilt das gesprochene Wort!